

TICKER Beilage zu **STICHWORT BAYER 4/20**

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

AKTION & KRITIK

CBG beim Klima-Streik

Der BAYER-Konzern stößt Jahr für Jahr Millionen Tonnen Kohlendioxid aus und trägt so zum Klimawandel bei. Darum schloss sich die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) auch am 25. September 2020 wieder dem Klima-Streik an, zu dem FRIDAYS FOR FUTURE aufgerufen hatte. Aus gegebenem Anlass beteiligte sie sich dort an den Protesten, wo der Agro-Riese seinen Stammsitz hat: in Leverkusen. Und CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann machte dann in seiner Ansprache die rund 150 Klima-Aktivist*innen gleich darauf aufmerksam, dass die Stadt mit BAYER einen der größten Umweltsünder der Region gleich vor der Haustür hat. Darum forderte er in seiner Rede dazu auf, die Aufmerksamkeit stärker auf solche Akteure und die strukturelle Problematik der auf Profit ausgerichteten chemischen Groß-Produktion zu richten, anstatt nur auf individuelle Maßnahmen wie den Verzicht auf SUVs zu setzen.

CBG übergibt BAYER Offenen Brief

Der BAYER-Konzern möchte die Akte „Glyphosat“ juristisch schließen, ökonomisch jedoch nicht – dazu wirft das Total-Herbizid zu viel Profit ab. Darum unterbreitete das Unternehmen den Anwält*innen der Geschädigten am 24. Juni 2020 ein Vergleichsangebot, mit dem der Agro-Riese gleich drei Dinge erreichen will: möglichst geringe Schadensersatz-Summen zahlen, künftige Prozesse verhindern und die Definitionsmacht darüber, wie gefährlich das Mittel ist, zurückgewinnen. Dem steht allerdings die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) entgegen. Sie rief die Kampagne „Krebsgefahr. Klimarisiko. Umweltgift. Glyphosat-Stopp jetzt!“ ins Leben und übergab dem Global Player zum Auftakt am 31. Juli 2020 in Leverkusen einen Offenen Brief in der Sache. „Mit dem Offenen Brief wollen wir ein Signal setzen“, so CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann: „Weltweit gibt es Widerstand gegen dieses Umweltgift. Wir verstehen unsere Aktionen als Unterstützung für die Kämpfe von Glyphosat-Geschädigten in den USA und weltweit. Nicht nur müssen sie und ihre Familien gerecht entschädigt werden. Auch muss verhindert werden, dass BAYER die Glyphosat-Produktion fortsetzt und damit weitere Menschen krank macht.“

BAYER bekommt am Frauentag Besuch

Am 8. März, dem Datum des internationalen Frauentags, geriet dieses Jahr auch BAYER in die Kritik. Der Leverkusener Multi produziert nämlich gesundheitsschädliche Verhütungsmittel, an deren Risiken und Nebenwirkungen Frauen auf der ganzen Welt leiden. Noch dazu betreibt der Konzern in Afrika Bevölkerungspolitik mit speziell für Armutsregionen konzipierten Langzeit-Kontrazeptiva, die „provider controlled“ sind, also von den Nutzerinnen nicht selbstbestimmt ein- und absetzbar. Darum führte der 20.000 Menschen zählende Berliner Demonstrationzug auch am Hauptstadt-Sitz des Leverkusener Multis vorbei und formulierte Forderungen wie „BAYER enteignen! Gesundheit und ein gutes Leben für die Menschen, nicht die Märkte“. Auf den Transparenten war unter anderem „Keine Profite mit unserer Gesundheit“ und „Kein Bock auf BAYER – kostenlose und selbstbestimmte Verhütung für alle“ zu lesen. Das war aber noch nicht alles. „Die

Fassade der BAYER-Niederlassung in Berlin-Wedding wurde am Vorabend der feministischen Demonstration am 8. März farblich gestaltet“, wie die Wochenzeitschrift *Jungle World* berichtete.

OXFAM kritisiert BAYER & Co.

Die Nichtregierungsorganisation OXFAM hat BAYER und andere Global Player dafür kritisiert, staatliche Corona-Unterstützung in Anspruch genommen, ihre Aktien-Halter*innen aber trotzdem mit Milliarden-Dividenden beglückt zu haben. „Die Aktionär*innen von BAYER haben entschieden, rund drei Milliarden Euro an Dividenden auszuzahlen. Gleichzeitig hat der Konzern etwa 670 Millionen Euro aus einem Nothilfe-Fonds der britischen Regierung erhalten“, konstatiert die NGO. Und dabei blieb es nicht. In Deutschland kam der Agro-Riese darüber hinaus noch in den Genuss von Steuer-Erleichterungen, mehr Forschungssubventionen und Strompreis-Senkungen. Aber auch generell mahnte OXFAM einen System-Wechsel in der Wirtschaftspolitik an. So forderte die Gruppe die EU unter anderem auf, BAYER & Co. dazu zu verpflichten, die Gewinne in den sozial-ökologischen Umbau ihrer Unternehmen zu reinvestieren.

Demo ehemaliger Heimkinder

Am 11. September 2020 haben ehemalige Heimkinder in Düsseldorf gegen sexuellen Kindesmissbrauch und Gewalt gegen Kinder demonstriert. Zu dieser Gewalt zählen die Initiator*innen von der 1. COMMUNITY EHEMALIGE HEIMKINDER IN NORDRHEIN-WESTFALEN auch die Medikamenten-Tests der 1950er und 1960er Jahre. Darum gingen Franz Wagle und Günter Wulf mit auf die Straße, Beide mussten nämlich in der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Landeskrankenhauses Schleswig-Holstein Versuchskaninchen für BAYER-Arzneien spielen. Im Jahr 2019 hatten sie den Konzern-Vorstand in der Hauptversammlung direkt mit dieser skandalösen Praktik konfrontiert und eine Entschuldigung sowie eine Entschädigung eingefordert.

CIPROBAY & Co.: AOK schlägt Alarm

Antibiotika verlieren immer mehr an Wirkung, weil sich die Krankheitserreger auf die Medikamente einstellen und Resistenzen entwickeln. Jährlich sterben rund 700.000 Menschen, weil gegen ihre Infektionen kein Kraut mehr gewachsen ist. Trotzdem entwickeln die Pillen-Riesen kaum neue Präparate. Ihnen reichen bei Pharmazeutika, welche die Patient*innen nicht über einen längeren Zeitraum hinweg einnehmen dürfen, die Rendite-Aussichten nicht. Um die Versorgung der Kranken trotzdem einigermaßen zu gewährleisten, hat das Gesundheitswesen Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Es teilte die Arzneien in die Kategorien „Standard-Antibiotika“ und „Reserve-Antibiotika“ ein und sah vor, den Einsatz letzterer, zu denen etwa BAYERS CIPROBAY gehört, auf schwerwiegendere Infektionen oder solche, die den gängigen Mitteln bereits trotzen, zu beschränken, damit die Effektivität dieser Präparate aus der Gruppe der Fluorchinolone möglichst lange erhalten bleibt. Genau das aber passiert nicht, wie das wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) ermittelte. Im Jahr 2019 entfielen von insgesamt 34 Millionen Antibiotika-Verordnungen 18 Millionen auf CIPROBAY & Co. „Besorgniserregend hoch“ nannte der stellvertretende WIdO-Geschäftsführer Helmut Schröder diesen Anteil. Zugleich kritisierte er die Pharma-Industrie. „Die

rasanten Fortschritte in anderen Bereichen, wie beispielsweise in der Bekämpfung von Covid-19, zeigen, dass die Kompetenz der pharmazeutischen Industrie für Forschung und Entwicklung auch für neue Antibiotika-Wirkstoffe vorhanden sein sollte“, hielt Schröder fest und sprach von „Marktversagen“. Einen Mangel an Kompetenz machte er dann auch nicht fest. Der WHO-Forscher kannte den wahren Grund für die Untätigkeit der Branche: „Die Pharma-Industrie fokussiert sich lieber auf Wirkstoffe, mit denen höhere Preise und höhere Umsätze erzielt werden können.“

Das BLACKROCK-Tribunal

BLACKROCK ist der weltgrößte Finanzinvestor. Über sieben Billionen Dollar verwaltet er. An fast allen großen Unternehmen hält die Kapital-Sammelstelle Beteiligungen. Von BAYER besitzt sie rund sieben Prozent der Aktien. Das eröffnet dem Mogul enorme Einfluss-Möglichkeiten. Laut eigenem „Stewardship Report“ hat er im Zeitraum von Anfang Juli 2019 bis Juni 2020 mehr als 3.000 „Dialoge“ mit den Vorstandsvorsitzenden geführt. Mit den Manager*innen des Leverkusener Multis redete er 2018 nach dem ersten verlorenen Glyphosat-Prozess, der zu einem Sinkflug des Börsenwertes führte, ein ernstes Wörtchen. „Entsprechend ungemütlich verliefen die Gespräche von Baumann mit Anteilseignern wie dem Vermögensverwalter BLACKROCK aus New York oder dem Staatsfonds TEMASEK aus Singapur“, vermeldete das *Handelsblatt* damals. Ende September 2020 saß nun in Berlin das BLACKROCK-Tribunal über den Fonds zu Gericht und knüpfte damit an die Tradition des Russell-Tribunals und des Permanent People's Tribunal an. „Wenn die Politiker versagen, ist es an den Menschen, die Freiheit zu verteidigen“, so erläuterte die bekannte indische Aktivistin Vandana Shiva einmal Sinn und Zweck solcher Einrichtungen, die sich im Jahre 2016 auch schon einmal MONSANTO gewidmet hatten. Über eine General-Anklage und vier weitere Anklage-Punkte verhandelte das Tribunal. Der erste Anklage-Punkt lautete: „BLACKROCK macht sich schuldig des Aufbaus einer privaten, unkontrollierten globalen Macht, der Zerstörung der Demokratie, Verarmung der Staaten und Bevölkerungsmehrheiten.“ Unter diesen fiel auch die Rolle des Konzerns bei BAYERS MONSANTO-Übernahme. Als Zeugin und Sachverständige trat hier die Filmemacherin und Journalistin Gaby Weber auf. Und ihre Aussage ließ dem Gericht keine Wahl. Es erkannte – wie auch im Falle der anderen Anklage-Punkte – auf schuldig. Das Urteil lautete am Ende: „Das Unternehmen BLACKROCK mit dem juristischen Sitz in der Finanzoase Wilmington/Delaware USA und dem operativen Hauptsitz in New York/USA wird aufgelöst. Das betrifft auch alle Tochter-Gesellschaften in den USA und im Ausland.“

KAPITAL & ARBEIT

BAYER setzt Kahlschlag fort

Ende September 2020 kündigte der Leverkusener Multi ein 1,5 Milliarden schweres Spar-Paket an – noch nicht einmal zwei Jahre nach dem letzten. Erst im November 2018 hatte der Leverkusener Multi ein Effizienz-Programm beschlossen, das ein Volumen von 2,6 Milliarden Euro hatte und unter anderem die Vernichtung

von 12.000 Arbeitsplätzen vorsah. „Sollte das der Maßstab sein, würde rein rechnerisch der Abbau weiterer 7.000 Stellen drohen“, schreibt die *Rheinische Post*. Michael Vassiliadis von der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE kritisiert den Kürzungskatalog: „Einfach nur die Kosten zu drücken, verlagert die Last einseitig auf die Arbeitnehmer. Das kann für BAYER kein Konzept sein.“ Der Agro-Riese hingegen hält die Rationalisierungsmaßnahmen für unumgänglich: „Sie werden dazu beitragen, die Auswirkungen von COVID-19 auf unser Geschäft zu minimieren.“ Dabei hatte der Global Player sich auf seiner letzten Hauptversammlung am 28. April im Angesicht von SARS-CoV-2 noch als „systemrelevant“ selbst gefeiert. „Gesundheit und Ernährung – diese beiden Branchen erweisen sich in dieser Krise gerade überall als essenziell. Genau in diesen Bereichen ist BAYER heute ein weltweit führendes Unternehmen“, bekundete der Vorstandsvorsitzende Werner Baumann damals. Im August korrigierte er dann die Gewinn-Prognose von 12,3 bis 12,6 Milliarden Euro auf 12,1 Milliarden nach unten. Weiter runter setzte Baumann die Zahlen am 30. September nicht. Er erwartet für 2021 immer noch einen Umsatz auf Vorjahres-Niveau und ein Ergebnis je Aktie leicht unter dem Wert von 2020. „BAYER nutzt die Pandemie als passende Gelegenheit, um das Unternehmen einem noch drastischeren Rendite-Regime zu unterwerfen und gleich auch noch ein paar MONSANTO-Altlasten abzutragen“, hielt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN deshalb zur Motiv-Lage fest. Dem Konzern aber reichen die Einnahmen aus dem Agrar-Geschäft nicht. Er klagt über niedrigere Preise im Nutzpflanzen-Segment, Konkurrenz-Druck bei Soja-Produkten und geringeren Biokraftstoff-Verbrauch. Darum rechnet sich die MONSANTO-Übernahme auch nicht mehr so wie gedacht. Die 24,5 Milliarden Euro, mit der sie in der Bilanz taxiert ist, entspricht nicht mehr der Realität. „Vor diesem Hintergrund geht BAYER von einer nicht zahlungswirksamen Sonderabschreibung auf Vermögenswerte des Agrar-Geschäfts im mittleren bis oberen einstelligen Milliarden-Euro-Bereich aus“, heißt es in der Presseerklärung. Mit einer „Stärkung des Margen-Profiles“ wollen Baumann & Co. nun reagieren. „BAYER beschleunigt Transformation“ – unter dieser Überschrift firmiert der Kahlschlag. Dieser Sorge für einen höheren Cash-Flow, was „weitere Investitionen in Innovation und profitable Wachstumschancen“ ermögliche, so das Management. Dabei schloss es auch den Verkauf von Geschäftsteilen nicht aus. Nach der Bekanntgabe des Einspar-Plans 2.0 stürzte die Aktie ab, und die *Wirtschaftswoche* prognostizierte bereits: „Jetzt wird BAYER zum Übernahme-Ziel – und könnte zerschlagen werden.“

IG FARBEN & HEUTE

Die Europa-Pläne der IG FARBEN

Das Kapital strebte immer schon nach räumlicher Expansion. 1913 imaginiert der AEG-Aufsichtsrat Walther Rathenau einen Mitteleuropäischen Zollverein, „dem sich wohl oder übel, über lang oder kurz die westlichen Staaten anschließen würden. Und 1931 hielt der Aufsichtsratsvorsitzende der von BAYER mitgegründeten IG FARBEN, Carl Duisberg, fest: „Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das

wirtschaftliche Rückrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf.“ Hitler schickte sich an, Duisberg & Co. diesen Wunsch zu erfüllen, scheiterte dabei jedoch bekanntlich. Aber selbst im Angesicht der Niederlage wollte die Industrie nicht von ihren Plänen lassen. So machte sich Richard Riedl von der zur IG gehörenden DONAU CHEMIE AG Ende 1944 in einer Schrift für das Reichswirtschaftsministerium „Gedanken über ein Wirtschaftsbündnis Europäischer Staaten“. Ähnlichkeiten mit dem, was später die EU werden sollte, sind dabei alles andere als zufällig. Der Sozialwissenschaftler Reinhard Opitz hat diese Kontinuität lange verfolgt und Dokumente dazu 1977 in seinem Buch „Europa-Strategien des deutschen Kapitals 1900-1945“ zusammengestellt.

POLITIK & EINFLUSS

BAYER & Co. wollen weiter Online-HVs

Der Leverkusener Multi ergreift stets jede Gelegenheit, um sich die bei seinen Hauptversammlungen notorischen Proteste so gut es geht vom Leib zu halten. Im Jahr 2020 hieß die Gelegenheit „Corona-Pandemie“. Der Leverkusener Multi nutzte als erstes DAX-Unternehmen die Ungunst der Stunde und flüchtete vor den Konzern-Kritiker*innen ins Virtuelle: Er berief eine Online-HV ein, wovon er schon lange geträumt hatte. Die rechtliche Handhabe dazu bot ihm das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie“. Diese erlaubte Aktien-Gesellschaften unter anderem, statt Reden nur noch Fragen zu gestatten. Sie konnten dabei sogar noch aussieben und BLACKROCK & Consorten den Vorzug lassen. Die Verwaltung „hat (...) keinesfalls alle Fragen zu beantworten, sie kann zusammenfassen und im Interesse der anderen Aktionäre sinnvolle Fragen auswählen. Sie kann dabei Aktionärsvereinigungen und institutionelle Investoren mit bedeutenden Stimmanteilen bevorzugen“, heißt es in dem Paragrafen-Werk. Dementsprechend unerquicklich gestaltete sich die BAYER-Hauptversammlung im letzten April. Es macht eben einen fundamentalen Unterschied, ob etwa eine Medikamenten-Geschädigte vor das Mikrofon tritt, ihre Leidensgeschichte erzählt und am Schluss fragt, wann BAYER die betreffende Arznei endlich vom Markt zu nehmen gedenkt, oder ob es einfach heißt: „Eine Aktionärin fragte nach dem Produkt DUOGYNON.“ Darum bescheinigte die FAZ dem BAYER-Chef Werner Baumann dann auch, „eine entspannte Hauptversammlung“ hinter sich gebracht zu haben. „Die Öffentlichkeit wohnte Statements und Fragen via Internet bei. Für unliebsame Störenfriede war kein Platz“, so die Zeitung. Das Blatt konstatierte, „dass die sterilen Frage-Antwort-Blöcke der vergangenen Wochen sämtliche Spontanität und Bissigkeit vermissen ließen“ und appellierte: „Rettet die Erbsensuppe!“ Das Urteil der *Rheinischen Post* fiel nicht eben besser aus: „Das waren sterile Veranstaltungen, Vorstände hatten leichtes Spiel, unliebsame Fragen abzubügeln.“ Die „Schutzvereinigung für Wertpapier-Besitz“ zeigte sich ebenfalls unzufrieden und forderte beispielsweise, den Aktien-Halter*innen zu gestatten, während der Veranstaltung Fragen zu stellen. Der DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRINNEN UND AKTIONÄRE machte gleichfalls „inakzeptable Schwachstellen“ aus. „In einigen Fällen

wurden Fragen bei der Beantwortung so zusammengefasst, dass dahinterliegende Kritik-Punkte bewusst nicht übermittelt wurden. Oder ganze Frage-Komplexe wurden mit fadenscheinigen Begründungen überhaupt nicht beantwortet“, resümierte er. Deshalb tritt der Dachverband für ein „Hybrid-Modell“ ein, das es den Aktionär*innen erlaubt, „ihre Kritik im Rahmen einer Präsenz-Veranstaltung direkt vorzutragen.“ BAYER und andere im „Deutschen Aktieninstitut“ organisierte DAX-Konzerne haben die Bundesregierung in einem Brief indes aufgefordert, auch im nächsten Jahr wieder rein virtuelle Aktionär*innen-Versammlungen zuzulassen. Sie bräuchten Planungssicherheit und möchten nicht zweigleisig fahren, bekunden die Unternehmen. Auch die Vorbereitung einer nur im Internet übertragenen HV nehme einige Zeit in Anspruch, argumentieren sie: „Nur so lässt sich der Wunsch der Aktionäre nach mehr Dialog in der Online-Hauptversammlung realisieren.“ Und die Bundesregierung zeigte sich willig und erarbeitete bereits den Entwurf einer entsprechenden Verordnung. Ob sich darin Passagen finden, die den Aktionär*innen den Rücken stärken, wie es einige Bundestagsabgeordnete fordern, bleibt abzuwarten.

SPDler wechselt zu BAYER

Vor einiger Zeit hatte der BAYER-Konzern die Stelle des „Director Agricultural Policy“ im Berliner Verbindungsbüro neu ausgeschrieben (*SWB* 2/20). Zu dessen Aufgaben gehört laut Stellenanzeige die „Beobachtung und frühzeitige Berichterstattung politischer Entwicklungen mit Relevanz für das Agrar-Geschäft des Konzerns und Ergreifung von Maßnahmen für eine frühzeitige Positionierung des Unternehmens im Rahmen politischer Prozesse“. Auch ein grünes Händchen ist erwünscht, um den Leverkusener Multi als „nachhaltigkeitsorientiertes Unternehmen“ präsentieren zu können. Zudem verlangt der Posten kommunikative Fähigkeiten, ist doch die „Pflege und Erweiterung des Netzwerkes zu Stakeholdern im Bereich der Agrar- und Umweltpolitik (...) in allen für Crop Science relevanten politischen Bereichen auf Bundesebene sicherzustellen“ – namentlich zu „hochrangigen Vertretern relevanter Interessensgruppen (Politik, Organisationen der Lebensmittel-Kette, NGO, Wissenschaft usw.)“. All diese Talente besitzt nach Ansicht BAYERs der SPD-Agrarpolitiker Constantin Marquardt. Deshalb verpflichtete der Global Player ihn als Nachfolger für Norbert Lemken. Marquardt war bis 2016 Pressesprecher des „Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz“ von Mecklenburg-Vorpommern. Danach trat der Politikwissenschaftler eine Stelle als Büroleiter beim damaligen agrarpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Priesmeier, an. Dessen Nachfolger Rainer Spiering stand er als wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Seite. Zur nächsten Bundestagswahl tritt Spiering nicht mehr an. Nicht zuletzt deshalb dürfte sich Marquardt nach etwas anderem umgeschaut haben.

BMEL kungelt mit BAYER

Die Partei „Die Linke“ interessierte sich dafür, wie viele Gespräche Vertreter*innen des „Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft“ (BMEL) im Vorfeld der Entscheidung der Europäischen Union über die Glyphosat-Zulassungsverlängerung vom Dezember 2017 mit BAYER und anderen Konzernen geführt haben. Darum stellte sie eine Kleine Anfrage. In ihrer Antwort

bezzifferte die Bundesregierung die Zahl der Treffen auf sieben. Einmal konferierte der damalige Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), der später in Brüssel gegen die Koalitionsab-sprache verstieß und die ausschlaggebende Ja-Stimme für das umstrittene Pestizid abgab, sogar persönlich mit dem Chef von BAYER CROPSCIENCE, Liam Condon, und dem BAYER-Manager Helmut Schramm. Und bereits kurz danach kam es wieder zu einer Zusammenkunft Schramms mit BMEL-Mitarbeiter*innen in Berlin. Mit Emissär*innen von DOW und SYNGENTA tauschten Schmidt & Co. sich ebenfalls aus. Und auch nach dem EU-Votum rissen die Kontakte nicht ab. So wurden Condon und Schramm im November 2018 erneut beim Ministerium vorstellig und plauschten mit der Schmidt-Nachfolgerin Julia Klöckner.

Bauernverband kungelt mit BAYER & Co.

Der „Deutsche Bauernverband“ (DBV) ist eng mit der Agro-Industrie verbandelt. So sitzt DBV-Präsident Joachim Rukwied nicht nur im Aufsichtsrat von SÜDZUCKER und der BAYWA, er bekleidet auch den Vorstandsposten bei der von BAYER, BASF und anderen Unternehmen ins Leben gerufenen Lobby-Organisation „Forum moderne Landwirtschaft“. Insgesamt kommt Rukwied auf 18 solcher „Nebentätigkeiten“.

Pestizid-Freundin Klöckner

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hält in Treue fest zu BAYER & Co. So nutzte sie die Präsentation der Statistik zum Pestizid-Absatz im Jahr 2019 (siehe GLYPHOSAT & Co.), um Reklame für die Agro-Chemikalien zu machen. Die Politikerin flankierte die Vorstellung der Zahlen mit Horror-Bildern von Spinnmilben, die auf einem Kartoffel-Acker ihr Unwesen treiben, und Schorf-Pilz, der Äpfeln zusetzt. „Man kann sich kaum vorstellen, dass so etwas vom Verbraucher gewünscht ist“, sagte sie und legte ein Bekenntnis zu den Giften ab: „Es geht darum, Ernten zu sichern.“

Druck auf Thailand wg. Glyphosat

Im August 2019 kündigte Thailand ein Glyphosat-Verbot an. BAYER unternahm sofort alles, um eine Aufhebung zu erreichen. Dabei ersuchte der Konzern auch die US-Regierung um Unterstützung – mit Erfolg. Die Politiker*innen sahen durch das Vorhaben nämlich die Exporte der heimischen landwirtschaftlichen Güter in das südostasiatische Land gefährdet. Die Initiative CENTER FOR BIOLOGICAL DIVERSITY (CBD) wollte über den Vorgang Genaueres wissen. Sie beantragte unter Berufung auf den „U.S. Freedom of Information Act“ Einsichtnahme in die Akten und bekam über 200 Seiten mit Dokumenten und Emails ausgehändigt. Diesen Quellen zufolge bot etwa der US-amerikanische Handelsbeauftragte dem Leverkusener Multi seine Dienste an und erbat dafür Informationen über die thailändische Landwirtschaftsministerin Mananya Thaiset: „Zu wissen, was sie antreibt, könnte dem USG (U.S. Government) helfen, Gegenargumente zu entwickeln.“ Und der Agro-Riese lieferte prompt – offenbar standen ihm auch MONSANTO-Listen (SWB 3/19) mit Dossiers über asiatische Politiker*innen zur Verfügung. „Sie steht nicht in dem Ruf, eine dogmatische Anhängerin von Bio-Lebensmitteln und/oder eine entschiedene Umweltaktivistin zu sein“, schrieb Jim Travis, BAYERs Mann für internationale Regierungs- und Handels-

beziehungen, zurück. Dann schlug er vor, die Aktivitäten auf den Premierminister Prayuth Chan-ocha zu konzentrieren, was auch geschah. Ted McKinney vom Landwirtschaftsministerium, der zuvor 20 Jahre in Diensten von DOW AGROSCIENCES stand, setzte umgehend einen Brief an ihn auf und drang in dem Schreiben darauf, das Glyphosat-Gesetz rückgängig zu machen. Auch auf Botschafter*innen-Ebene übten die USA Druck aus und drohten im Falle eines Banns mit einer Verschlechterung der Handelsbeziehungen. Prayuth Chan-ocha beugte sich schließlich. Vier Tage vor dem Inkrafttreten stoppte er das Paragrafen-Werk. Anrühlich findet der Global Player so einen Extrem-Lobbyismus nicht: „Unser Umgang mit Repräsentanten des öffentlichen Sektors ist von Routine und Professionalität geprägt und bewegt sich im Rahmen aller Gesetze und Regularien.“

Lobby-Druck wg. Chemikalien-Strategie

Die Europäische Union will im Rahmen ihres „Green Deals“ auch „zum besseren Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Umwelt vor gefährlichen Chemikalien beitragen“. Darum kündigt die EU-Kommission für den Herbst eine „Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien“ an. Handlungsbedarf sieht Brüssel unter anderem, was die Kombinationswirkung verschiedener Stoffe und die besonders schwer abbaubaren Substanzen angeht. Zudem erachtet die Union es als notwendig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Produkten, die hormon-ähnlich wirken, möglichst schnell in Politik umzusetzen. Diese sogenannten endokrinen Disruptoren, zu denen z. B. einige Pestizide von BAYER gehören, können nämlich den menschlichen Organismus gehörig durcheinanderbringen und viele Gesundheitsstörungen auslösen. Die Branche reagiert entsprechend alarmiert auf die Pläne. Sie hat umgehend mit Lobby-Aktivitäten begonnen, die ihr europäischer Verband CEFIC steuert. Dieser dringt etwa darauf, das Vorhaben auf seine ökonomischen Auswirkungen hin zu überprüfen und warnt vor Handelsschwierigkeiten mit EU-Staaten durch unterschiedliche Regulierungsniveaus. Zudem macht die Organisation die Ungleichung auf: gefährlicher Stoff ≠ krankmachender Stoff. Und die Generaldirektion Industrie der Kommission hat die Signale schon erhört. „In der Darstellung der Vorteile und der negativen Auswirkungen von Chemikalien gibt es immer noch ein erhebliches Missverhältnis“, kritisiert sie in einem Schreiben an die Generaldirektion Umwelt den Entwurf zur Chemie-Strategie. Neue Vorschriften zum Umgang mit endokrinen Disruptoren lehnt sie ab. Stattdessen möchte es die Generaldirektion bei der „Option“ belassen, die Gesetzeslage zu ändern. Sie dringt zunächst einmal auf weitere Untersuchungen. „Paralyse durch Analyse“ heißt diese bewährte Taktik beim Namen.

Lobby-Einsatz gegen den „Green Deal“

Im Mai 2020 hatte die Europäische Union zwei wesentliche Elemente ihres „Green Deals“ vorgestellt: die Biodiversitätsstrategie und die Landwirtschaftsstrategie „Vom Hof auf den Tisch“. Letztere gibt nach Ansicht der EU „eine umfassende Antwort auf die Herausforderungen nachhaltiger Lebensmittel-Systeme und erkennt an, dass gesunde Menschen, gesunde Gesellschaften und ein gesunder Planet untrennbar miteinander verbunden sind“. Auf der Agenda steht unter anderem eine Verringerung des Pestizid-Einsatzes bis 2030 um 50 Prozent. Das passte BAYER-

Chef Werner Baumann gar nicht. „Es wäre illusorisch zu glauben, wir könnten ohne Pflanzenschutzmittel die bald acht Milliarden Menschen auf der Erde ernähren, die Biodiversität schützen und zugleich keine weiteren Flächen für die Landwirtschaft erschließen“, sagte er in einem Interview mit der *FAZ*. Der Chef von BAYER CROPSCIENCE, Liam Condon, kritisierte die Pläne ebenfalls: „Wenn man die Umwelt-Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln reduzieren will, reicht es nicht aus, nur auf die Volumina zu schauen.“ Und er belässt es nicht bei Worten. „Das versuchen wir auch gerade, der EU-Kommission klarzumachen und entsprechende Modelle zu entwickeln“, erklärte der Ire in einem Interview mit der Zeitung *Die Welt*.

VCI besteht auf Impfstoff-Patenten

Die an Corona-Impfstoffen arbeitenden Pharma-Unternehmen nutzen ihre Markt-Macht. Sie versuchen jetzt schon, den Ländern Bedingungen für die Lieferung des Vakzins zu stellen und sie dabei gegeneinander auszuspielen. Wer am meisten Subventionen gibt, der bekommt das Pharmazeutikum zuerst, dekretieren sie. Besonders dreist verhält sich der SANOFI-Konzern, dem es gelang, hohe Beträge von den USA und China einzusammeln. „Also werden diese beiden ökonomischen Kraftzentren zuerst geimpft werden; daher ist es so wichtig, in Europa eine Debatte zu starten unter dem Motto: ‚Lasst Europa nicht zurückfallen!‘“, verkündete er. Big Pharma macht folgende Rechnung auf: Wir streichen die Profite ein, und bei einem Versagen der Arzneien tragen die Staaten das Risiko. Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte indes, die Substanzen als globales öffentliches Gut zu deklarieren, um die Versorgung aller Menschen mit den Mitteln sicherzustellen. Da widersprach der von BAYER gegründete „Verband der forschenden Arzneimittel-Hersteller“ (VFA) aber umgehend. „Es muss dabei bleiben, dass die Unternehmer Eigentümer der Entwicklungen bleiben, schließlich haben sie Millionen dafür investiert“, erklärte VFA-Präsident Han Steutel. Die Bundesregierung traf im Infektionsschutz-Gesetz allerdings schon Vorsorge dafür, bei „epidemischen Lagen von nationaler Tragweite“ in die Gesetze zum Schutz des geistigen Eigentums eingreifen zu können, sollte der Zugriff auf die benötigten Impfstoffe auf andere Weise nicht möglich sein.

Widerstand gegen Antibiotika-Gesetz

Die ersten Glieder von BAYERS Lieferketten im Pharma-Bereich liegen seit einiger Zeit in Indien und China. Dort locken Standort-Vorteile wie niedrige Lohnkosten und laxer Umwelt-Auflagen. Eine der fatalen Folgen der Globalisierung des Arznei-Marktes: verschmutzte und mit antibiotika-resistenten Keimen versetzte Gewässer. Dagegen wollte die indische Regierung jetzt etwas tun. Sie brachte ein Gesetz auf den Weg, das strengere Grenzwerte für die Einleitung von Rückständen aus der Antibiotika-Produktion vorsieht. Dagegen läuft der Verband der indischen Arznei-Hersteller (IDMA) jedoch Sturm. Er beschwor „unsägliches Elend durch Rechtsstreitigkeiten und Schikanen sowohl durch Aktivisten als auch durch die Regulierungsbehörde“ herauf, warnte vor einem Niedergang der Industrie und drang auf Änderungen. Ob der Extrem-Lobbyismus des IDMA zum Erfolg führt, steht zurzeit noch nicht fest.

Keine neue Wasser-Rahmenrichtlinie

Der Leverkusener Multi verunreinigt die Gewässer durch seine Pestizide und die Einleitung seiner Produktionsrückstände massiv. Dementsprechend wehrt er sich in Tateinheit mit anderen Unternehmen gegen Umweltschutz-Maßnahmen. Als die Überprüfung der im Jahr 2000 von der EU verabschiedeten Wasser-Rahmenrichtlinie EU anstand, forderte BAYERs Brüsseler Lobby-Verband „BusinessEurope“ eine Aufweichung der Bestimmungen – und das auch noch im Namen des Klimaschutzes. Nach Ansicht der Konzerne behinderte nämlich die Auflage, dass Bau-Projekte die Wasser-Qualität nicht trüben dürften, „industrielle Verbesserungen“. Glücklicherweise ließ die Europäische Union BAYER & Co. auflaufen. „Die Ziele der Richtlinie sind heute ebenso relevant wie zum Zeitpunkt ihrer Annahme, wenn sie nicht sogar noch an Bedeutung gewonnen haben“, hielt der im Dezember 2019 veröffentlichte Abschlussbericht fest. Und im Juni 2020 schloss der EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevicius eine Veränderung der Wasser-Rahmenrichtlinie definitiv aus.

PROPAGANDA & MEDIEN

Klimaretter BAYER

Die Kohlendioxid-Emissionen des BAYER-Konzerns stiegen im Geschäftsjahr 2019 um 830.000 Tonnen auf 3,71 Millionen Tonnen. Trotzdem fühlt er sich dazu berufen, sich als Klima-Retter zu gebärden. So gehörte der Leverkusener Multi mit zu den 68 Unternehmen, welche die Bundesregierung anlässlich des 11. Petersberger Klima-Dialogs – ein jährlich stattfindendes Treffen von Minister*innen aus rund 30 Staaten – zu konsequenten Klimaschutz-Maßnahmen aufforderten. „Zum heutigen Auftakt des Petersberger Klima-Dialoges wendet sich eine breite Allianz von 68 Unternehmen mit einem Appell an die deutsche Bundesregierung, bei der Klima-Politik auf dem Erreichten aufzubauen und die Ausgestaltung und Umsetzung klimapolitischer Maßnahmen konsequent weiterzuführen. Die Unternehmen – darunter viele Großunternehmen der deutschen Wirtschaft – setzen sich für eine ambitionierte Klima-Politik als zentralen Bestandteil einer auf Krisen-Resilienz zielenden Wirtschafts- und Industrie-Politik ein“, heißt es in der Erklärung.

DRUGS & PILLS

Viele Chloroquin-Verschreibungen

Eine Zeitlang galten BAYERs Malaria-Mittel RESOCHIN mit dem Wirkstoff Chloroquin und dessen Abkömmling Hydroxychloroquin als Wundermittel gegen Covid-19. „Es gibt Hinweise darauf, dass RESOCHIN im Labor und in ersten klinischen Untersuchungen die Virus-Last senkt“, hatte BAYER-Chef Werner Baumann am 2. April 2020 in einem *Handelsblatt*-Interview erklärt. Bald schon allerdings setzte Ernüchterung ein. Bei einer Erprobung der Substanz in Brasilien starben elf Menschen. Und auch eine Untersuchung der Kranken-Akten von 368 Patienten eines US-amerikanischen Militär-Hospitals erbrachte ein beunruhigendes Ergebnis. 28

Prozent der mit Hydroxychloroquin behandelten Ex-Soldat*innen erlagen Covid-19, während es in der Vergleichsgruppe nur elf Prozent waren. In der Folge kam es nicht nur zu immer mehr alarmierenden Befunden, sondern auch vermehrt zu Todesfällen durch Selbstmedikation. Selbst der Sender *Fox News*, der vorher eifrig Chloroquin-Propaganda betrieben hatte, warnte: „Das Medikament wird sie töten.“ Und obwohl das Chloroquin als Corona-Präparat überhaupt keine Zulassung besaß, verschrieben es Mediziner*innen in Deutschland zu Beginn des Hypes verstärkt. Nach Angaben der AOK schnellten die Verordnungszahlen von Februar 2020 bis März 2020 um mehr als 350.000 Tagesdosen auf 1,06 Millionen Tagesdosen hoch.

Arznei-Tests: BAYER zahlte

In den 1950er und 1960er Jahren haben Mediziner*innen für BAYER, MERCK & Co. Psychopharmaka und andere Medikamente an Heimkindern erprobt. Ein Tatort des Leverkusener Multis war dabei die Kinder- und Jugendpsychiatrie des Landeskrankenhauses Schleswig-Hesterberg (LKH). Unter anderem ließ er dort die Neuroleptika MEGAPHEN und AOLEPT, das Antidepressivum AGEDAL und das Schlafmittel LUMINAL testen. Und offenbar entlohnte der Konzern die Mediziner*innen für ihre Dienste auch. Entsprechende Belege dafür fand der Medizinhistoriker Dr. Cornelius Borck von der Universität Lübeck, der im Auftrag des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums die Vorgänge in Schleswig-Hesterberg untersuchte. So stieß Borck im BAYER-Archiv auf Dokumente, die ein „Forschungskonto Schleswig“ auswiesen und dementsprechend auch Zahlungen belegten. 1964 etwa erhielt der damalige LKH-Direktor Dr. Walter Döhner monatliche Zuwendungen in Höhe von 600 DM und im Jahr darauf der Arzt Friedrich Eckmann Geld für die „Zusammenstellung der Prüf-Ergebnisse“ zu AOLEPT.

AOK warnt vor CIPROBAY & Co.

Das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) warnt bereits seit längerem eindringlich vor Antibiotika aus der Gruppe der Fluorchinolone wie BAYERs CIPROBAY (Wirkstoff: Ciprofloxacin), da von diesen mehr Risiken ausgehen als von anderen Präparaten des Anwendungsgebiets. Vier Todesfälle, 1.161 Störungen des Nervensystems, 33 Sehnen-Risse, und 8,2 Gefäß-Schädigungen der Hauptschlagader zusätzlich – diese Rechnung macht das WIdO auf. Insgesamt zählt es bei 3,3 Millionen Verschreibungen von Fluorchinolonen im Jahr 2018 über 40.000 unerwünschte Arznei-Effekte. Ein Großteil davon dürfte auf das Konto von ciprofloxacin-haltigen Produkten gehen, denn mit über 15 Millionen verordneten Tagesdosen nehmen die Medikamente mit großem Vorsprung den Spitzenplatz ein. Die Krankenkasse kritisiert den zu häufigen Gebrauch dieser Arzneien nicht nur wegen ihres Sicherheitsprofils, sondern auch, weil sie zur Kategorie der Reserve-Antibiotika gehören (siehe AKTION & KRITIK) und deshalb ein sparsamer Umgang mit ihnen geboten ist. Sonst bilden nämlich noch mehr Krankheitserreger Resistenzen gegen diese Arzneien aus. „Angesichts möglicher schwerwiegender Nebenwirkungen wie Sehnen-Rissen oder psychischer Störungen wie Depressionen und Angstzuständen sollten diese Antibiotika der Reserve nur nach gründlicher Nutzen/Risiko-Abwägung durch den Arzt eingesetzt werden“, hält die AOK fest. An BAYER & Co. richtet

sie den Vorwurf, das Gefährdungspotenzial ihrer Produkte nicht ernst genug genommen zu haben: „Viele Antibiotika-Patienten in Deutschland wurden jahrelang zusätzlichen Risiken ausgesetzt, obwohl den pharmazeutischen Herstellern bereits die besonderen Gefahren von Fluorchinolonen aus anderen Ländern bekannt waren.“ Darum wirft das WIdO die Haftungsfrage auf und plädiert dafür, die Patient*innen-Rechte bei der Durchsetzung von Schadensersatz-Ansprüchen zu stärken.

Antibiotika-Ablasshandel

Obwohl immer mehr Krankheitserreger gegen die gängigen Antibiotika Resistenzen ausbilden (s. o.), forschen die großen Arznei-Unternehmen nicht nach neuen Mitteln. Ihnen reichen die Profitaussichten nicht. Das hält sie aber nicht davon ab, sich jetzt als Wohltäter in Sachen „Antibiotika“ in Szene zu setzen. BAYER, ELI LILLY, BOEHRINGER, MERCK, PFIZER, ROCHE, GLAXOSMITHKLINE und weitere 17 Konzerne haben den „AMR Action Fund“ ins Leben gerufen, der kleineren Biotech-Firmen rund eine Milliarde Dollar für die Suche nach Nachfolgern von CIPROBAY & Co. zur Verfügung stellen will. Als „Ablasshandel“ bezeichnet der BUKO die ganze Operation zutreffenderweise, was der Leverkusener Multi naturgemäß etwas anders sieht. „Wir sind stolz darauf, den ‚AMR Action Fund‘ zu unterstützen, um innovative Lösungen für einen dringenden ungedeckten medizinischen Bedarf zu finden“, bekundete BAYER-Vorstand Stefan Oelrich. Warum selber finden nicht geht, erklärt der Pillen-Riese so: „Die Welt braucht dringend neue Antibiotika, aber es sind nur wenige in der Pipeline, weil ein Paradoxon besteht: Obwohl Antibiotika-Resistenzen enorme wirtschaftliche Kosten verursachen, gibt es derzeit keinen rentablen Markt für neue Antibiotika. Diese werden sparsam eingesetzt, um ihre Wirksamkeit zu erhalten, und sie machen kaum Umsatz.“ Zwar existiert schon eine vergleichbare Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderer Akteur*innen. Diese hat aus der Sicht von BIG PHARMA der BUKO PHARMAKAMPAGNE zufolge aber einen gravierenden Nachteil: Die WHO hat das Sagen. Und das wollen sich die Global Player nicht nehmen lassen. Marktversagen hin oder her, wagen sie es sogar noch, der Politik Bedingungen zu stellen, unter denen sie eventuell vielleicht doch bereit wären, sich wieder in die Labore zu bequemen. So mahnen die Hersteller etwa „Markt-Reformen im Bereich der Kostenerstattung“ und „Anreize für die Forschung und Entwicklung“ an.

Mehr CIPROBAY-Resistenzen

Nach einer neuen Untersuchung der Weltgesundheitsorganisation WHO auf der Basis von Daten aus 33 Ländern verlieren die gängigen Antibiotika weltweit immer mehr an Wirkung (s. o.) So reagieren – je nach Staat – zwischen acht und 93 Prozent der Erreger von Harnwegsinfekten nicht mehr auf Mittel mit dem Wirkstoff Ciprofloxacin wie BAYERs CIPROBAY. Das Bakterium *Klebsiella pneumoniae*, das Lungenentzündungen auslöst, tut das in vier bis 79 Prozent der Fälle nicht mehr. Und die WHO rechnet mit einer weiteren Zunahme von Resistenzen, weil Antibiotika in Zeiten von Corona verstärkt zum Einsatz kommen.

Nur wenig Lieferketten-Kontrollen

Bei den ersten Gliedern der Pharma-Lieferketten von BAYER & Co. in Indien und China herrschen skandalöse Zustände. Die Staaten bieten den Konzernen Standort-Vorteile wie niedrige Lohn-Kosten und laxe Umwelt-Auflagen, was fatale Folgen für Mensch, Tier und Umwelt hat (siehe auch POLITIK & EINFLUSS). Es finden seitens der EU und deutscher Behörden zwar Inspektionen in Indien, China und anderen Ländern statt, die Überprüfungen der „Guten Herstellungspraxis“ sind jedoch rein „produkt-bezogen“. Sie konzentrieren sich also allein auf die Arzneien. Was mit den bei der Fertigung entstehenden Produktionsrückständen passiert, interessiert nicht weiter. Aber selbst bei den rein produkt-bezogenen Checks gibt es immer wieder Auffälligkeiten. So registrierte die „Europäische Arzneimittel-Agentur“ binnen der letzten zehn Jahre weltweit 141 Verstöße gegen die „Gute Herstellungspraxis“. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Partei „Die Linke“ hervor, zu der die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN Informationsmaterial zur Verfügung gestellt hatte. Auch die Behörden der Bundesländer nehmen die Fertigungsstätten ins Visier, allerdings immer seltener. Die Drittland-Inspektionen reduzierten sich zwischen 2014 und 2018 von 264 auf 177 und die Inland-Inspektionen von 1.374 auf 1.177. Bei den einheimischen Firmen stieg die Anzahl der entdeckten Mängel dabei umgekehrt proportional zur Kontrolldichte. Im Jahr 2018 veranlassten die zuständigen Behörden 188 Rückrufe, 2017 waren es 127 und 2016 belief sich die Zahl auf 105. BAYER wurde zum letzten Mal anno 2017 auffällig (SWB 2/18). Kontrolleur*innen der US-amerikanischen Gesundheitsbehörde FDA machten bei der Pillen-Fabrikation in Leverkusen schwerwiegende Verstöße gegen die „Gute Herstellungspraxis“ aus. So fand die FDA etwa in dem Blutdruck-Senker Nifedipin (Markenname ADALAT) Rückstände des Wirkstoffs Sorafenib, den BAYER eigentlich zur Behandlung von Krebs vertreibt. Daraufhin musste der Konzern die Fabrik vorübergehend schließen, um Ordnung in die Produktionsprozesse zu bringen.

DAZ reagiert auf Lieferketten-Anfrage

Der Pharma-Markt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. BAYER und andere große Unternehmen setzen mehr und mehr auf neue, patent-geschützte Pillen, da diese besonders viel Rendite versprechen. Bei ihrem nicht so viel Geld abwerfenden Alt-Sortiment rationalisieren die Konzerne hingegen nach Kräften. So beziehen sie Vor- und Zwischenprodukte zur Wirkstoff-Herstellung und manchmal auch die komplette Substanz zunehmend aus Schwellen- oder Entwicklungsländern wie Indien und China. Dort konzentriert sich die Fabrikation auf immer weniger Anbieter. Und wenn da einmal Störungen im Betriebsablauf auftreten wie bei dem Herz/Kreislauf-Präparat Valsartan geschehen, das mit krebserregendem Nitrosamin verunreinigt war, leiden Patient*innen auf der ganzen Welt unter den Lieferengpässen. Die Partei „Die Linke“ hat zu dem Thema im August 2020 eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, zu der die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN Material beigesteuert hatte (siehe SWB 4/20). Als Reaktion auf die spärlich ausgefallenen Antworten forderte die Linken-Politikerin Sylvia Gabelmann ein Lieferketten-Gesetz. Das Online-Portal der *Deutschen Apothekerzeitung* untermauerte mit der Analyse des Berichts, den die „Eu-

ropäische Arzneimittel-Agentur“ (EMA) zum Fall „Valsartan“ erstellt hatte, die Notwendigkeit eines solchen Paragrafen-Werks. Der EMA-Untersuchung zufolge verfügten die Staaten über keine Datenbanken, um die Wirkstoff-Hersteller mit den Endprodukten zu verknüpfen. Die Wirkstoff-Hersteller wiederum wussten nicht, in welchen Fertigarzneien sich ihre Substanzen befanden. *DAZ online* resümierte: „So komplex sich also die Nitrosamin-Krise entwickelt haben mag. Es lässt sich kaum bestreiten, dass – neben mangelndem pharmazeutischen, analytischen und chemischen Wissen – vieles hätte besser laufen können, wären die Lieferketten im Arzneimittelmarkt transparenter.“ Für ein bisschen mehr Transparenz sollte hierzulande eigentlich die Informationsplattform *PharmNet.Bund* sorgen, die darüber Auskunft gibt, woher die Unternehmen ihre Produkte im Einzelnen beziehen (Ticker 2/20). Dagegen gingen jedoch zwei Pharma-Firmen gerichtlich vor. Und zumindest solange das Verfahren dauert, ist die Liste vom Netz.

GLYPHOSAT & CO.

Glyphosat im Hummus

Die ENVIRONMENTAL WORKING GROUP (EWG) untersuchte Hummus und Kichererbsen nach Glyphosat-Rückständen und wurde fündig. In über 80 Prozent der Proben spürte die Initiative Reste des von der Weltgesundheitsorganisation WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuften BAYER-Herbizids auf. Beim Hummus überschritt ein Drittel der Samples die von der EWG als kritisch erachtete Grenze von 160 ppb (parts per billion), eines der Produkte lag mit 2.000 ppb fast um den Faktor 15 darüber. Der US-amerikanischen Umweltbehörde EPA gilt das allerdings noch als unbedenklich. Bei ihr läuten die Alarmglocken erst ab einem Wert von über 5.000 ppb.

Glyphosat-Resistenzen in Deutschland

Bei der „Deutschen Arbeitsbesprechung über Fragen der Unkrautbiologie und -bekämpfung“, die vom 3. bis zum 5. März 2020 im zum Bundeslandwirtschaftsministerium gehörenden „Julius-Kühn-Institut“ stattfand, berichteten Forscher*innen über das Auftreten von ersten Glyphosat-Resistenzen in Deutschland. So trotzts das „Deutsche Weidelgras“ dem Mittel immer mehr. Und beim Mäuseschwanz-Federschwingel, der zur Gruppe der Süßgräser gehört, beobachteten die Wissenschaftler*innen ebenso eine „Minderwirkung von Glyphosat“ wie beim Ackerfuchschwanz. Anderen Herbiziden konnten diese Wildpflanzen teilweise schon vorher trotzen.

Glyphosat im Dung verringert Ernte

Wenn als Dung verwendeter Hühner-Mist Glyphosat-Rückstände enthält, verringert das die Ernte-Erträge. Das fanden finnische Forscher*innen von der Universität Turku heraus. Deshalb warnen die Wissenschaftler*innen: „Die möglichen Risiken, die von Agrochemikalien in Hühnermist ausgehen, werden immer noch weitgehend ignoriert.“

Glyphosat-Absatz sinkt

Im Jahr 2019 ging der Pestizid-Absatz in Deutschland um 2.500 Tonnen auf 27.000 Tonnen zurück. Das macht ein Minus von 8,5 Prozent. Die Herbizid-Verkäufe sanken um 6,5 Prozent. Für das umstrittene Mittel Glyphosat ging es sogar um 11,3 Prozent runter; es büßte jedoch seine Stellung als Top-Seller in diesem Segment nicht ein. In der Entwicklung spiegelt sich leider nicht nur das gestiegene Umweltbewusstsein der Landwirt*innen wider. Auch die Trockenheit trug zu einer geringeren Agrochemie-Nachfrage bei. Zudem sagen die Zahlen allein nur wenig aus. Sie künden nicht unbedingt von einer Schonung der Äcker, wie das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN) festhält. „Die ‚Pestizid-Last‘ pro Fläche, die sich aus der Behandlungsintensität pro Fläche und der Toxizität der ausgebrachten Pestizide u. a. für Säugetiere und den Menschen, für aquatische Organismen etc. bestimmen lässt, ist nach Berechnungen von Expert*innen in den vergangenen Jahren gestiegen, nicht gesunken“, hält die Initiative fest.

Glyphosat gegen Koka-Pflanzen

Nachdem die Weltgesundheitsorganisation WHO Glyphosat 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hatte, stoppte die kolumbianische Regierung das Besprühen von Koka-Pflanzungen mit dem Herbizid. Bis dahin waren rund 4,5 Millionen Liter des Mittels auf rund zwei Millionen Hektar niedergegangen – mit den entsprechenden Folgen für Mensch, Tier und Umwelt. Im Frühjahr 2020 verlangte US-Präsident Donald Trump von Kolumbiens Staatschef Iván Duque jedoch, das Programm wieder aufzunehmen. „Wenn nicht, werden wir den Drogen in Kolumbien nie ein Ende setzen“, so Trump. Und Duque tat wie geheißen. Seine Regierung bereitet ein Gesetz vor, das den Glyphosat-Bann wieder aufhebt. Die Opposition lehnt das Paragrafen-Werk indessen ab. Die Politiker*innen machen die hohen Kosten des Pestizid-Einsatzes von rund zwei Milliarden Dollar geltend und verweisen als Alternative auf ihren bereits im Juni vorgestellten, nur mit 700 Millionen Dollar zu Buche schlagenden Plan, der den Aufkauf der gesamten Koka-Ernte durch den Staat vorsieht.

GENE & KLONE

Zweifelhafte Glyphosat-Resistenzen

Pestizide und Pflanzen, die ihnen dank der Gentechnik trotzen – diese Kombination verkaufen BAYER & Co. als Traumpaar der modernen Landwirtschaft. Während durch den Gift-Einsatz nämlich alles abstirbt, was den Ackerfrüchten Böses will, zeigen sich diese den chemischen Keulen gegenüber völlig immun, behaupten die Konzerne. In der Praxis sieht das jedoch anders aus, wie das norwegische Institut GenØk herausfand. Nach dessen Untersuchung wirkt Glyphosat sehr wohl auf die Gewächse ein, die gegen das Herbizid eigentlich resistent sein sollten. So beeinflusst das Mittel deren Kohlenstoff- und Energie-Stoffwechsel. Auch bei der Photosynthese registrierten die Forscher*innen Veränderungen. Nach ihren Beobachtungen löst das Produkt bei den Pflanzen Stress-Reaktionen aus. Diese können den Wissenschaftler*innen zufolge auch zur Bildung von neuen Inhaltsstoffen führen, die den Nährwert negativ beeinflussen. Darum fordern sie die Zulas-

sungsbehörden auf, solche Erkenntnisse künftig bei den Risikobewertungsverfahren der Gen-Konstrukte zu berücksichtigen.

WASSER, BODEN & LUFT

BAYERs immenser Wasser-Durst

Die im Zuge des Klimawandels immer häufiger auftretenden Trockenheitsperioden machen Wasser zu einem wertvollen Gut. Der BAYER-Konzern fühlt sich dennoch nicht zu einem sparsameren Umgang mit der Ressource verpflichtet. 2019 stieg sein Verbrauch gegenüber dem Vorjahr um 17 Milliarden auf 59 Milliarden Liter. Allein am Standort Leverkusen kommt der Global Player auf einen Wasser-Einsatz von 700 Millionen Litern. Der gesamte Chem„park“ mit seinen rund 200 Betrieben konsumiert noch einmal ein Vielfaches davon. Chem„park“-Betreiber CURRENTA, eine ehemalige BAYER-Tochter, darf pro Jahr nicht weniger als 100 Milliarden Liter Grundwasser abpumpen. Das hat immense Auswirkungen auf die Umwelt. „Die Auenwälder, die es eigentlich hier südlich des Chemie-Parks geben müsste, sind längst verschwunden. Wir sehen hier trockene Wiesen und eine künstliche, mit Wasser gefüllte Rinne“, sagt Paul Kröfges vom BUND. Die Bezirksregierung Köln, die der CURRENTA die Genehmigung für das Abpumpen erteilen muss, sieht jedoch keinen Handlungsbedarf. „Die aktuellen Grundwasser-Verhältnisse in der Rheinschiefe liefern sowohl im Bereich des Chemparks Leverkusen als auch im Bereich des Wasserwerkes Hitdorf keine Hinweise für eine angespannte Situation bezüglich des Angebots an Grundwasser. Vor diesem Hintergrund besteht unter Ausübung des wasserwirtschaftlichen Ermessens keine Notwendigkeit für ein ordnungsbehördliches Einschreiten zur Reduktion der Grundwasser-Verbräuche“, erklärte die Behörde. Die Landesregierung schätzt die allgemeine Lage jedoch anders ein. „Insgesamt bewegt sich die Grundwasser-Neubildungshöhe in den letzten 30 Jahren erkennbar nach unten“, konstatierte sie Ende November 2019 in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Und das hat Folgen. So steigt die Schadstoff-Konzentration, da der Verdünnungseffekt ausbleibt. Auch erkennbare Effekte der Erderwärmung macht Schwarz-Gelb fest: „Das Jahr 2018 – aber auch 2019 – hat deutlich gezeigt, welche Folgen der globale Klimawandel auch für Nordrhein-Westfalen haben kann. Die Folgen des Wassermangels im Vorjahr waren zum Teil gravierend und sind noch weiter in den Böden, Gewässern und im Grundwasser nachweisbar.“ Darum sprechen sich CDU und FDP für „klimaresiliente Gewässer-Nutzungen“ aus und mahnen eine Verringerung des Wasser-Verbrauchs an. Und explizit plädieren die Parteien dafür, bei der Erteilung von Wasserentnahme-Erlaubnissen die Grundwasser-Neubildungsrate zu berücksichtigen.

Glyphosat in der Luft

BAYER & Co. bezeichnen Glyphosat stets als eine Substanz, die nur an Ort und Stelle ihre giftige Wirkung entfaltet. Dies ist jedoch mitnichten der Fall, wie jetzt eine neue Studie von „TIEM Integrierte Umweltüberwachung“ ergab, die im Auftrag des UMWELTINSTITUTS MÜNCHEN und des BÜNDNISSES FÜR EINE ENKEL-TAUGLICHE LANDWIRTSCHAFT entstand. Das To-

tal-Herbizid ist zwar nicht leicht flüchtig, geht also nicht gleich in die Luft, aber es verbindet sich mit Boden-Partikeln, die der Wind mitunter weit fortträgt. Die Wissenschaftler*innen hatten an 116 Standorten Luft-Messstellen errichtet und fanden in 100 Prozent aller Proben Glyphosat-Rückstände. Aber auch auf andere Ackergifte stießen die Wissenschaftler*innen nicht zu knapp. Insgesamt wiesen sie in den Samples 124 Pestizide und 14 Pestizid-Abbauprodukte nach. Nach diesem besorgniserregenden Befund fordert das UMWELTINSTITUT MÜNCHEN nun das sofortige Verbot von Glyphosat und vier weiteren, besonders häufig nachgewiesenen Mitteln. Zudem verlangt es von BAYER und den anderen Herstellern, einen Entschädigungsfonds einzurichten, um den Bio-Landwirt*innen die Millionen-Schäden zu ersetzen, die durch das Niedergehen von Glyphosat & Co. auf ihre Feldern entstanden sind. Auch müssen nach Ansicht des Umweltinstituts die Zulassungsverfahren künftig die Gefahren berücksichtigen, die allgemein von den Gift-Cocktails in der Luft ausgehen können. Zudem tritt es für einen Ausstieg aus der Agrar-Chemie bis 2035 ein. Die Politik reagierte alarmiert auf die Ergebnisse der Messungen. „Wir wissen überhaupt noch nicht, wie dieser Cocktail aus verschiedenen Pflanzenschutzmitteln am Ende wirkt“, sagte Umweltschutzministerin Svenja Schulze. Deshalb mahnte sie einen geringeren Pestizid-Einsatz und eine Berücksichtigung der neuen Erkenntnisse bei den Genehmigungsentscheidungen an. Das Bundeslandwirtschaftsministerium kündigte derweil ein eigenes Luftmess-Programm an. Die Hersteller hingegen wiegeln ab. Frank Gemmer vom „Industrieverband Agrar“ bezeichnete die nachgewiesenen Mengen als „so minimal, dass sie für Mensch und Umwelt unbedenklich sind“. Das ganze Thema hielt er für „künstlich aufgebauscht“. „Zur Zeit sehen wir absolut keinen Sinn darin, hier über einen Entschädigungsfonds zu diskutieren“, konstatierte der Lobbyist.

PCB in der Luft

Polychlorierte Biphenyle (PCB) gehören zu den giftigsten Hervorbringungen der Chlorchemie (SWB 1/14). Die vor allem von BAYER und MONSANTO in Umlauf gebrachten gefährlichen „Alleskönner“, die unter anderem Haut-, Leber- und Nierenerkrankungen auslösen können, kamen bis zu ihrem vollständigen Verbot 1989 unter anderem in Elektrogeräten, Fugendichtungsmassen, Farben, Ölen, Lacken und Bodenbelägen zum Einsatz. Und sie stellen immer noch ein beträchtliches Gesundheitsrisiko dar, denn die Substanzen haben eine extrem lange Halbwertszeit. So wies die TIEM-Studie, die nach Pestizid-Spuren in der Luft fahndete (s. o.), im „Beifang“ auch PCB-Spuren nach. In allen ihren Proben stießen die Wissenschaftler*innen auf die Chemikalie.

RECHT & UNBILLIG

PRIMODOS-Bericht belastet SCHERING

Ein hormoneller Schwangerschaftstest der heute zu BAYER gehörenden Firma SCHERING hat ab den 1950er Jahren zu tausenden Totgeburten geführt. Darüber hinaus kamen durch das unter den Namen DUOGYNON und PRIMODOS vertriebene Medizin-Produkt bis zum Vermarktungsstopp Anfang der 1980er Jahre unzählige

Kinder mit schweren Fehlbildungen zur Welt. Geschädigte oder deren Eltern fordern den Leverkusener Multi seit Jahren dazu auf, die Verantwortung dafür zu übernehmen, bislang allerdings vergeblich. Die Bundesregierungen jedweder Couleur sahen ebenfalls keinen Handlungsbedarf. In England hatten die Betroffenen mehr Erfolg. Der Gesundheitsausschuss des Unterhauses nahm sich des Themas an und ließ ein wissenschaftliches Gutachten anfertigen. Weil dieses Mängel aufwies, gab die damalige Premierministerin Theresa May 2018 zusätzlich noch einen Untersuchungsbericht in Auftrag. Im Juli 2020 legte die von der Baroness Julia Cumberlege geleitete Kommission den Report vor. Das 277 Seiten umfassende Schriftstück, das sich neben PRIMODOS auch noch einem Scheiden-Implantat und einem Epilepsie-Mittel widmete, weist den Herstellern und den Aufsichtsbehörden unzählige Verfehlungen nach. So hatte der SCHERING-Konzern dem Bulletin zufolge schon frühzeitig Kenntnis von den fatalen Nebenwirkungen seines Produkts. Die britische Niederlassung schickte deshalb bereits 1969 Brandbriefe an die Zentrale in Berlin, um einen Stopp der Vermarktung von PRIMODOS als Schwangerschaftstest zu erreichen. Es geschah jedoch nichts. „Ich habe im Laufe der Jahre viele Überprüfungen und Untersuchungen durchgeführt, aber so etwas ist mir noch nie begegnet; die Intensität des Leidens, das so viele Familien erfahren haben, und die Tatsache, dass sie es jahrelang ertragen mussten. Viel von diesem Leid wäre vermeidbar gewesen“, sagte Cumberlege bei der Vorstellung des Berichts. Darum richtete sie eine unmissverständliche Forderung an BAYER und die anderen beiden Unternehmen: „Sie sollten sich nicht nur entschuldigen; sie sollten anerkennen, was geschehen ist, und freiwillige Entschädigungszahlen an die Menschen leisten, die so gelitten haben.“

Spahn kündigt DUOGYNON-Bericht an

Bereits seit Langem fordert das NETZWERK DUOGYNON die Politik auf, sich des Pharma-Skandals um den Schwangerschaftstest DUOGYNON anzunehmen. Das Medizin-Produkt der heute zu BAYER gehörenden Firma SCHERING hat nämlich ab den 1950er Jahren bis zum Vermarktungsstopp Anfang der 1980er Jahre tausende Totgeburten und andere gravierende Gesundheitsschäden verursacht. Jetzt regt sich endlich etwas. Gesundheitsminister Jens Spahn will nach dem Vorbild der englischen Regierung (s. o.) ebenfalls eine Untersuchung zu dem Präparat in die Wege leiten. Wie die parlamentarische Staatssekretärin im Gesundheitsministerium, Sabine Weiss, im Gesundheitsausschuss erläuterte, zählt dabei zu den Schwerpunkten des Projekts neben dem Durchforsten der Akten-Bestände zu den Risiken und Nebenwirkungen von DUOGYNON auch, die Beziehungen zwischen SCHERING und der damaligen Aufsichtsbehörde zu beleuchten. Nach Meinung des NETZWERKES DUOGYNON hätte es einer neuerlichen Expertise zwar nicht unbedingt bedurft, die Aktivist*innen werten es aber dennoch als einen Erfolg ihrer Bemühungen, dass in der Sache auch hierzulande endlich etwas geschieht.

NBFA klagt wg. Glyphosat

Die „National Black Farmers Association“ (NBFA) hat juristische Schritte gegen BAYER eingeleitet. Die Vereinigung wirft dem Leverkusener Multi vor, afroamerikanische Landwirt*innen nicht ausreichend über die von Glyphosat ausgehenden Gefahren in

Kenntnis gesetzt zu haben. Diese Farmer*innen, unter denen es eine höhere Rate von Analphabet*innen gibt als unter denen weißer Hautfarbe, sind auf klare Angaben zu dem Gefährdungspotenzial der Produkte in den lokalen Saatgut-Läden angewiesen, der Leverkusener Multi aber sah dazu keine Notwendigkeit, so die NBFA. Stattdessen habe er „ungenau, falsche und irreführende Informationen verbreitet und weiterhin aggressiv für die Wirksamkeit seiner Produkte geworben, selbst nachdem es von den Risiken bei der Anwendung wusste oder habe wissen müssen“, wie es in der Klage heißt. Darum will die „National Black Farmers Association“ jetzt auf gerichtlichem Wege einen Glyphosat-Stopp erzwingen.

CBD klagt wg. Glyphosat-Dokumenten

Die US-Regierung hatte BAYER bei dem erfolgreichen Bemühen, die thailändische Regierung von einem Glyphosat-Verbot abzubringen, massiv unterstützt (siehe POLITIK & EINFLUSS). Das geht aus den Dokumenten hervor, welche die Initiative CENTER FOR BIOLOGICAL DIVERSITY (CBD) unter Berufung auf den „U.S. Freedom of Information Act“ einsehen konnte. Die CBD erhielt aber längst nicht alle relevanten Informationen zu dem Fall vorgelegt. Darum klagt sie jetzt auf Herausgabe aller verfügbaren Unterlagen.

Erweiterte IBEROGAST-Ermittlungen

Seit Jahrzehnten steht BAYERS Magenmittel IBEROGAST in der Kritik, weil es schwerwiegende Leberschäden verursachen kann. Trotzdem weigerte sich der Konzern lange Zeit beharrlich, auf dem Beipackzettel vor dieser Nebenwirkung des Inhaltsstoffes Schöllkraut zu warnen. Als 2018 eine IBEROGAST-Patientin nach einer Leber-Transplantation verstarb, nahm die Kölner Staatsanwaltschaft deshalb Ermittlungen wegen fahrlässiger Tötung auf (SWB 4/19). Zunächst richteten sich diese „gegen unbekannt“. Seit September 2020 aber nicht mehr: Im Visier der Justiz steht ein Pharma-Manager von BAYER VITAL. Zudem erweiterte Oberstaatsanwalt Ulrich Bremer den Tat-Verdacht um zehn Fälle von fahrlässiger Körperverletzung. Trotzdem hält das Unternehmen weiter in Treue fest zu seinem Produkt und bezeichnet es als ein „bewährtes, wirksames und sicheres Medikament“. Schon bei der Aufnahme der Ermittlungen hatte die Aktien-Gesellschaft jegliche Schuld am Tod der Frau bestritten. Der 56-Jährigen wurde nach Meinung des Konzerns stattdessen „eine äußerst seltene, dosis-unabhängige Reaktion auf Substanzen, die in der Regel von Menschen sicher toleriert werden“ zum Verhängnis. Im Übrigen verwies der Pillen-Riese auf Studien, die angeblich die Sicherheit und Wirksamkeit der Arznei bewiesen hätten. „Das Nutzen/Risiko-Profil von IBEROGAST ist weiterhin positiv“, resümierte er. Dagegen lagen den staatlichen Stellen bereits ab den 1990er Jahren zahlreiche Informationen über ein ganz anderes Nutzen/Risiko-Profil des Mittels sowie anderer Schöllkraut-Präparate vor. Die erste Meldung über ein tödliches Leber-Versagen erhielten sie 2002. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) leitete wegen dieser Fakten-Lage 2005 schließlich ein Stufenplan-Verfahren ein, welches das Gefährdungspotenzial bestätigte. Darum zog das BfArM 2008 Produkte mit hohen Schöllkraut-Dosierungen aus dem Verkehr und verpflichtete die Hersteller der übrigen, die Liste mit den Risiken und Nebenwir-

kungen auf den Packungsbeilagen um den Eintrag „Leber-Schädigungen“ zu erweitern. Der damalige IBEROGAST-Produzent STEIGERWALD legte dagegen Beschwerde ein. Und BAYER hielt nach der Übernahme von STEIGERWALD im Jahr 2013 an jener nicht nur fest, sondern gab auch nach der Ablehnung noch nicht Ruhe. 2017 reichte das Unternehmen beim Verwaltungsgericht Klage gegen den Bescheid ein. Erst als das Bundesinstitut 2018, alarmiert durch Todesfälle in Spanien, mit dem „Sofort-Vollzug“ der Beipackzettel-Änderung drohte, fügte sich der Global Player.

Pensionsfonds klagen gegen BAYER

Zwei Pensionsfonds haben in den USA eine Sammelklage gegen BAYER eingereicht. Das „City of Grand Rapids General Retirement System“ und das „City of Grand Rapids Police & Fire Retirement System“ werfen dem Leverkusener Multi vor, die Aktionär*innen nicht ordnungsgemäß über die mit der MONSANTO-Übernahme verbundenen Rechts-Risiken Glyphosat betreffend aufgeklärt zu haben. Der Leverkusener Multi weist das zurück. Er bekundet, die diesbezüglichen „Due Diligence“-Prüfungen ordnungsgemäß durchgeführt zu haben. Unterdessen schalteten mehrere Rechtsanwaltsbüros Annoncen, um Aktienhalter*innen zu finden, die sich den Prozessen anschließen wollen. Anfang des Jahres war bereits der KONSTANTIN S. HAUSSMANN TRUST gegen den bundesdeutschen Global Player wegen mangelnder Sorgfaltspflicht in Sachen „MONSANTO-Kauf“ vor Gericht gezogen (siehe SWB 2/20).

OVG weist Klagen zur CO-Pipeline ab

Anfang der 2000er Jahre fasste BAYER den Plan, zwischen den Standorten Dormagen und Krefeld eine 67 Kilometer lange Pipeline zu bauen, um darin hochgiftiges Kohlenmonoxid zu transportieren. 2006 machte das nordrhein-westfälische Rohrleitungsgesetz den Weg dafür frei. 2007 begannen die Bauarbeiten, die nun schon lange abgeschlossen sind. Auch den Besitzer hat sie inzwischen gewechselt. 2015 stieß der Leverkusener Multi seine Chemie-Sparte ab, die seither unter dem Namen COVESTRO firmiert und auch die Rohrleitung erbt. In Betrieb gehen konnte diese aber noch nicht. Es gab nämlich fast von Anfang an massiven Protest gegen das Vorhaben einschließlich vieler juristischer Auseinandersetzungen. So wollte der Landwirt Heinz-Josef Muhr Teile seines Grundstückes nicht für die Trasse hergeben. Er klagte gegen die Enteignung, weil die CO-Pipeline seiner Auffassung nach nicht dem Allgemeinwohl dient, wie es der Artikel 14, Absatz 3 des Grundgesetzes vorschreibt. Unter anderem verwies Muhr dabei auf Alternativen wie etwa eine Vorort-Produktion von CO per Steam Reformer. Das Oberverwaltungsgericht Münster teilte seine Bedenken und legte den Rechtsstreit 2014 dem Bundesverfassungsgericht vor. 2015 starb Muhr, aber er hatte in seinem Testament vorgesorgt, so dass seine Kinder den Prozess weiterführten. Im Januar 2017 meldete sich Karlsruhe. Die Verfassungsrichter*innen nahmen den Fall nicht zur Entscheidung an und verwiesen ihn zurück nach Münster, das am 31. August 2020 ein Urteil in der Sache fällte. Es zeigte sich plötzlich gewandelt und wies die Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss zur Errichtung des Röhren-Verbundes ab. „Entscheidungserhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Rohrleitungsgesetzes bestünden nicht“, erklärte das OVG. Auch mochte es kei-

nen Verstoß gegen umweltrechtliche oder sonstige Vorschriften erkennen. Bei den Pipeline-Gegner*innen stieß das Votum auf Empörung. „Der Zorn und die Enttäuschung sind riesig“, sagte Dieter Donner, der Sprecher der Initiative STOPP-CO-PIPELINE. Er warf dem Gericht vor, von seiner eigenen Argumentation in Sachen „Verfassungswidrigkeit“ abgewichen zu sein. Auch habe es die neuen Gefährdungen, die im Zuge des Planänderungsverfahrens ans Tageslicht kamen wie etwa mangelhafte Schutzmatte oder unzureichende Warn-Vorrichtungen keine Aufmerksamkeit geschenkt, so Donner. Aber entmutigt zeigt er sich nicht: „Wir sind als Bürgerinitiative, die sich für Leben und Unversehrtheit hunderttausender Anwohner einsetzt, entschlossen, weiter zu kämpfen und alle Kläger aktiv zu unterstützen.“

Klage gegen Pestizid-Kritiker

Südtirol ist mit rund 18.000 Hektar das größte Apfelanbau-Gebiet Europas. Dementsprechend viele Pestizide kommen dort zum Einsatz. In den Früchten fanden sich unter anderem auch Spuren des – inzwischen verbotenen – BAYER-Insektizides Thiacloprid. Das UMWELTINSTITUT MÜNCHEN hat den massiven Einsatz der Ackergifte in der Region immer wieder kritisiert. Deshalb sieht es sich jetzt einer Klage von Landwirt*innen wegen übler Nachrede gegenüber.

Hartwig kandidierte in Leverkusen

BAYERs langjähriger Chef-Jurist Roland Hartwig sitzt heute für die AfD im Bundestag und gehört zu den vier stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion. Im September 2020 kandidierte er an alter Wirkungsstätte in Leverkusen für das Amt des Oberbürgermeisters. Damit wollte der Politiker nach eigenem Bekunden all jenen ein Beispiel sein, „die sich noch nicht trauen, sich aktiv für die Ziele unserer Partei und für unser Land einzusetzen“. 5,2 Prozent der Stimmen erhielt Hartwig am Ende. 2013, noch zu seinen Zeiten beim Agro-Riesen, war er zur AfD gestoßen. „Wir müssen Recht und Ordnung in unserem Land wiederherstellen“, meint Hartwig und zeigt sich davon, dass der Klimawandel eine Folge menschlichen Handels und Wandels ist, „nicht überzeugt“. In seinen Vorträgen gelingt es ihm zuweilen sogar, alte und neue Aufgaben zu verbinden, etwa wenn er zum Thema „Deutsche Unternehmen im Fadenkreuz der US-Justiz“ Vorträge hält. Der 66-Jährige kam 1984 zum bundesdeutschen Global Player und stand von 1999 bis zu seiner Demission 2016 der Rechtsabteilung des Agro-Riesen vor. Zudem bekleidete er über einen längeren Zeitraum hinweg den Posten des Vorsitzenden des Rechtsausschusses des „Verbandes der Chemischen Industrie“. Noch heute betrachtet Roland Hartwig es als seine größte Leistung, „[e]inen internationalen Groß-Konzern juristisch durch alle Untiefen geführt zu haben“.

IMPRESSUM



Der *Ticker* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins Stichwort BAYER. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter- Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Wird der *Ticker* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

REDAKTION:

Jan Pehrke (V.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Uwe Friedrich

HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)

AUSZEICHNUNGEN:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von BUSINESS CRIME CONTROL. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Mathews-Preis“ geehrt.

ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
 Fon: 0211/33 39 11
 Fax: 0211/33 39 40
 e-mail: CBGnetwork@aol.com
<http://www.CBGnetwork.org>

ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *Stichwort BAYER (SWB)*.
 Der *Ticker* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.